Stadt Zürich
Gemeinderat

Stadt Zürich
Gemeinderat
Parlamentsdienste
Stadthausquai 17
Postfach, 8022 Zürich

T +41 44 412 31 10
gemeinderat@zuerich.ch
gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll
2. Ratssitzung vom 20. Mai 2026

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2025/342, 2025/377 und 2025/420

73. 2025/342
Postulat von Marco Denoth (SP), Ivo Bieri (SP) und Karin Stepinski (Die Mitte) vom 20.08.2025:
Massnahmen zur Lösung des Abfallproblems an der Street Parade

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/342, 2025/377 und 2025/420

Marco Denoth (SP) *begründet das Postulat GR Nr. 2025/342 (vergleiche Beschluss-Nr. 4931/2025) und zieht es zurück: Erfüllte Postulate sollten die Ressourcen von Gemeinderat, Stadtrat und Verwaltung nicht unnötig binden. STR Simone Brander hat mir bestätigt, dass rund 80 Prozent der Forderungen des Postulats schon erfüllt sind. Als Betriebswissenschaftler und Unternehmer schätze ich die 80:20-Regel sehr. Darum ziehe ich das Postulat zurück. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) hat vier Termine mit Vertretern der Street Parade, der Bar & Club Kommission Zürich, von Coop, Migros, Valora, GastroZürich und Schutz & Rettung (SRZ) organisiert. Dort wurden Lösungsansätze diskutiert und folgende konkrete Massnahmen beschlossen: Verzicht auf den Verkauf gekühlter Spirituosen in Glasflaschen sowie nach weiterer Prüfung Verzicht auf den Verkauf von gekühltem Bier in Dosen, Einsatz von Shop-Mitarbeitenden in der Bewirtschaftungs- und Entsorgungsinfrastruktur der Läden, Massnahmen bei den Detailhändlern, um das Mitnehmen von Einkaufswägen zu verhindern, und das Aufstellen zusätzlicher Container an den Bahnhöfen Stadelhofen und Enge. Es freut mich, dass der Detailhandel an diesen Gesprächen teilnimmt und miteinbezogen wird. Es wird sich etwas tun. Ein Grossteil des städtischen Spielraums ist ausgeschöpft und das Postulat vor der Überweisung erledigt.*

Martin Busekros (Grüne) *begründet die Motion GR Nr. 2025/377 (vergleiche Beschluss-Nr. 5022/2025): Wir fordern in der Motion stringentere und verbindlichere Massnahmen als die SP in ihrem zurückgezogenen Postulat. Der Stadtrat soll auf Basis von Artikel 12 der Allgemeinen Polizeiverordnung (APV) private Detailhändler*innen für die Verschmutzung auf öffentlichem Raum, die sie massgeblich mitverursachen, in die Pflicht nehmen. Wir finden es richtig, rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die es der Stadt erlauben,*

*Forderungen zu stellen, statt den Detailhändler*innen in einer Bittstellerhaltung hinterherlaufen zu müssen. Alle sollen ihren Beitrag leisten, nicht nur die, die sich zu freiwilligen Massnahmen bereit erklären. Das beste Beispiel ist die Street Parade: Hunderttausende Menschen kommen zum Feiern und Trinken nach Zürich. Der Detailhandel ist gern behilflich. Es werden ganze Paletten mit Bierdosen in die Läden gestellt und die Kühlregale komplett leer geräumt. Da findet man kein Gemüse oder Joghurt mehr, sondern nur noch Bier und alkoholische Getränke. Die Detailhändler erzielen an diesem Tag grosse Umsätze, verursachen mit den verkauften Produkten aber enorme Abfallmengen. Während der Street Parade ist die Stadt Zürich praktisch mit Bierdosen gepflastert. Für die Aufräumarbeiten muss der Verein Street Parade allein aufkommen. Damit die Stadt die Verursacher zur Verantwortung ziehen kann, fordern wir diese Rechtsgrundlage. Da wir für die Motion wohl keine Mehrheit finden, sind wir bereit, sie in ein Postulat umzuwandeln.*

***Martin Bürki (FDP)** begründet das Postulat GR Nr. 2025/420 (vergleiche Beschluss-Nr. 5118/2025) und zieht es zurück: Bei der Formulierung des Postulats sind uns verschiedene Fehler unterlaufen, weshalb wir es zurückziehen. Wir sind trotzdem der Ansicht, dass dieses Anliegen weiterverfolgt werden muss. Für kleine Veranstalter werden die Bewilligungsverfahren und Abfallkonzepte immer komplizierter. Wir wollen eine Vereinfachung bewirken und werden bald wieder einen Vorstoss in diese Richtung einreichen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

***STR Simone Brander:** Abfall ist eine Kehrseite von Grossveranstaltungen. Seit vielen Jahren setzt die Stadt auf Abfallkonzepte, was in den meisten Fällen gut funktioniert. Wenn es einmal nicht optimal läuft, finden entsprechende Fotos ziemlich schnell ihren Weg in die sozialen Medien und Zeitungen. So geschah es kürzlich nach einer grossen Party am Letten: Bilder des Abfalls mussten sogar als Werbung für die Nachhaltigkeitsinitiative herhalten. Das ist natürlich Unsinn. Die Geschichte ist schnell erklärt: Die Veranstalter*innen waren offenbar vom riesigen Andrang überwältigt, den ihnen unter anderem das schöne Wetter bescherte. Sie waren verpflichtet, auf ihrem Gelände für Ordnung zu sorgen. Dies ist gängige Praxis und mit den Veranstalter*innen vereinbart. ERZ sowie diverse Influencer*innen mussten jedoch feststellen, dass die Veranstalter in jenem Fall ihrer Pflicht nicht nachgekommen sind. In der Regel funktioniert die Zusammenarbeit mit den Veranstalter*innen grosser Feste sehr gut. Mittlerweile konnten wir zur Street Parade auch Gespräche mit dem Detailhandel aufgleisen, wie den Medien in den letzten Tagen zu entnehmen war. Die Anliegen der Motion sind also nicht neu. Wir arbeiten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hin, dass der Abfall einen möglichst kleinen Schatten auf Grossveranstaltungen wirft. Auf Zwang können wir allerdings nicht setzen. Es ist rechtlich nicht möglich, Geschäften ausserhalb eines Festperimeters verbindliche Vorgaben zu machen. Die Motion ist in ihrer jetzigen Form daher nicht umsetzbar. Ich bin froh, dass von den Grünen Bereitschaft signalisiert wurde, den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Wir möchten weiterhin auf Zusammenarbeit statt auf hoheitliche Vorgaben setzen. Darum ist der Vorstoss als Postulat aus Sicht des Stadtrats der richtige Weg. So können wir dort Verbesserungen erzielen, wo es noch nicht optimal läuft.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Die Motion der Grünen spricht viel von Nachhaltigkeit an Grossveranstaltungen, ist in Wahrheit aber eher ein Angriff auf den Rechtsstaat und die Gewerbefreiheit. Die Motion will neue Regeln schaffen, um den Detailhandel pauschal in das Entsorgungskonzept von grossen Anlässen einzubinden. Wir lehnen jede Variante dieses Vorstosses ab. Wir haben schon heute klare Regeln. Artikel 28 der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ) verpflichtet Veranstalter zu einem Abfall- und Reinigungskonzept. Zudem tauscht sich ERZ regelmässig mit den Detailhändlern aus. Die Instrumente sind bereits vorhanden. Was fehlt, sind konsequente sowie messbare Auflagen und Kontrollen der Organisatoren. Offene Veranstaltungsräume lassen sich ohnehin sehr schlecht kontrollieren. Wenn wir neben der Kompostpolizei auch noch eine Abfallpolizei einführen, die kontrolliert, welche Flaschen von wem stammen, endet das in reiner Bürokratie und einem grossen Streitaufwand. Am Ende bezahlen dies die Steuerzahler und Kleinunternehmen. Darum lehnen wir sowohl die Motion als auch das Postulat ab.*

Marco Denoth (SP): *Aus der Stellungnahme des Stadtrats geht meiner Meinung nach hervor, dass es gesetzliche Lücken gibt, die man nutzen kann. Ich bin auch sehr erfreut, dass man den Detailhandel einbeziehen will. Es wird sich ein Weg finden lassen. Wir stimmen dem Anliegen zu, sofern die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.*

Sophie Blaser (AL): *Ich bin froh, dass sowohl die FDP als auch die SP gemerkt haben, dass ihre Postulate nicht viel genützt hätten. Da ich bereits grosse Veranstaltungen organisiert habe, war mir das natürlich klar. Vielleicht weiss man bei der FDP nicht, wie man selbst eine Veranstaltung plant, da sie andere dafür bezahlen, sie zu organisieren. Der Stadtrat hat vor einigen Jahren bereits Gespräche mit verschiedenen Veranstalter*innen von grossen und kleineren Anlässen geführt. Diese wissen sehr genau, was es braucht, um die Abfallversorgung zu verbessern. Es kamen viele gute Ansätze zusammen, u. a. von den Quartiervereinen und den Organisator*innen der Seeüberquerung. Leider ist daraus nichts geworden. Einerseits ist die Vermeidung von Abfall wichtig, damit man gar nicht erst so viele Gebinde benötigt. Andererseits muss ein effizienter Abtransport gewährleistet werden. Aus unserer Sicht ist es immer das wichtigste Ziel, weniger Abfall zu produzieren. Das umgewandelte Postulat der Grünen unterstützen wir. Für Veranstalter*innen ist es oft schwierig einzuschätzen, wie viele Leute tatsächlich an die Veranstaltungen kommen. Dies ist stark vom Wetter abhängig. Zudem ist es nicht für alle gleich einfach, Gebinde zu organisieren. Seit die ERZ ihr Angebot zurückgefahren hat, ist diese Arbeit mühsamer geworden. Wir müssen nun verstärkt mit Privaten zusammenarbeiten, wobei die Abläufe schwieriger und ungenauer geworden sind und die Gebinde teilweise sogar schmutzig geliefert wurden. Trotzdem finden wir es wichtig, dass die Leute nicht dazu gezwungen werden, ausschliesslich vor Ort zu konsumieren, da die Preise an den Veranstaltungen teilweise sehr hoch sind. Mitgebrachte Getränke müssen jedoch ordentlich entsorgt werden. Der Detailhandel soll ebenfalls einen Beitrag dazu leisten.*

Frank-Elmar Linxweiler (GLP): *Die GLP-Fraktion unterstützt jeden Vorstoss, der die*

Abfallproblematik entschärft. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass der Detailhandel in die Bemühungen eingebunden wird, damit das Verursacherprinzip zum Tragen kommt. Wir unterstützen den Vorstoss als Postulat, aber nicht als Motion.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Die Grünen hätten ihr Postulat ebenfalls zurückziehen können, da die Forderungen grösstenteils bereits erfüllt werden. Wir sind trotzdem der Meinung, dass es eine sinnvolle Idee ist und unterstützen es als Postulat, nicht als Motion.*

Martin Bürki (FDP): *Danke für die Belehrung, Sophie Blaser (AL). Es ist schön, dass wir jemanden im Rat haben, der immer alles besser weiss. So können wir alle regelmässig dazulernen. Den Vorstoss der Grünen lehnen wir als Postulat und als Motion ab. Wir wollen eine Erleichterung für die Veranstalter erreichen. Halten sich die Privaten nicht an die Abfallkonzepte, müssen die Veranstalter nun auch noch diese überwachen und zur Verantwortung ziehen. Dies erschwert das Organisieren von Veranstaltungen nur weiter.*

Sophie Blaser (AL): *Ja, zum Glück bin ich da, Martin Bürki (FDP). Wer Veranstaltungen in dieser Stadt organisiert, weiss, dass es nur eine Option und keine Pflicht ist. So wie ich das Postulat der Grünen lese, sehe ich die Verantwortung nicht bei den Veranstaltenden. Diese müssen die Detailhändler*innen nicht dazu zwingen, sich an die Regeln zu halten. Vielmehr steht die Stadt in der Pflicht. Wenn die Stadt den öffentlichen Grund für eine Veranstaltung zur Verfügung stellt, für die man bezahlt, muss sie dafür sorgen, dass die involvierten Detailhändler*innen innerhalb dieses Perimeters zur Verantwortung gezogen werden. Diese erzielen während der Veranstaltungen grosse Gewinne. Es gibt Anlässe auf öffentlichem Grund, die aufgrund dieser Entwicklung nicht frei zugänglich sind und Eintrittspreise verlangen. Das Caliente ist ein schlechtes Beispiel, da dort viel städtischer Raum beansprucht und ein grosser Teil der Bevölkerung ausgeschlossen wird, während die Quartierbevölkerung stark belastet ist. Dann gibt es andere wie das Röntgenplatzfest, die offen und zugänglich sind. Dort besteht der Nachteil, dass die Detailhändler*innen grossen Profit daraus schlagen und Getränke verkaufen, die die Leute dann auf dem Festgelände konsumieren. Ich halte es für richtig, dass Feste öffentlich zugänglich bleiben. Gleichzeitig müssen aber eben auch die Detailhändler*innen in die Pflicht genommen werden. Diese Aufgabe liegt nicht bei den Veranstaltenden, sondern bei der Stadt.*

Martin Busekros (Grüne): *Eigentlich ist es relativ klar: Bei der Erteilung einer Bewilligung wird der Perimeter definiert. Man sieht, wer palettenweise Bier herantransportiert, um es en masse zu verkaufen und viel Geld zu verdienen, ohne sich anderweitig an der Veranstaltung zu beteiligen. Es ist nur gerecht, wenn die grossen Detailhändler, die so etwas machen, einen Beitrag beisteuern und die Veranstaltenden damit entlasten. Aber wenn ich STR Simone Brander zuhöre, kommt bei mir keine Zuversicht auf, dass eine solche Rechtsgrundlage geschaffen wird und auf bindende Massnahmen gesetzt wird.*

Martin Bürki (FDP): *Im Postulat steht, dass der Veranstalter die Privaten miteinzubeziehen hat, nicht, dass die Stadt verantwortlich ist, bestimmte Bedingungen umzusetzen. Schlussendlich bekommt der Veranstalter die Bewilligung für das Fest, das er organisiert. Entsprechend ist er verantwortlich und haftet, wenn sich Private nicht an Regeln halten.*

Martin Busekros (Grüne) *ist einverstanden, die Motion GR Nr. 2025/377 in ein Postulat umzuwandeln: Ich bin damit einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.*

Mitteilung an den Stadtrat

74. 2025/377
Motion von Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Luca Maggi (Grüne) und Lea Herzig (Grüne), vertreten durch Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 03.09.2025:
Grossanlässe, Einbindung des Detailhandels in das Entsorgungskonzept der Veranstaltungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.
Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/342, Beschluss-Nr. 73/2026

Martin Busekros (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5022/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Martin Busekros (Grüne) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Johann Widmer (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/235 (statt Motion GR Nr. 2025/377, Umwandlung) wird mit 76 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

75. 2025/420
Postulat von Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP) und Flurin Capaul (FDP) vom 17.09.2025:
Verzicht auf das komplizierte und teure Depotsystem bei Veranstaltungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/342, Beschluss-Nr. 73/2026
Martin Bürki (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5118/2025) und

zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat